Gesetz- und Verordnungsblatt
für die
evangelisch-lutherische Kirche
des
Landesteils Oldenburg
im Freistaat Oldenburg.

X. Band. (Ausgegeben den 11. Juni 1927.) 21. Stück.

Inhalt:

- N^o 69. Verordnung des Oberkirchenrats vom 23. Mai 1927, betreffend die kirchliche Besteuerung.
N^o 70. Verordnung des Oberkirchenrats vom 23. Mai 1927, betreffend Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses.

N^o 69.

Verordnung, betreffend die kirchliche Besteuerung.
Oldenburg, 1927 Mai 23.

Auf Grund des § 128 der Kirchenverfassung wird mit Zustimmung des Synodalausschusses folgendes verordnet:

Artikel 1.

Die persönliche Kirchenlast des Rechnungsjahres 1927/28 wird durch Zuschläge zur Einkommensteuer oder zu der in den nachfolgenden Vorschriften bestimmten besonderen Maßstabsteuer aufgebracht; die besondere Maßstabsteuer tritt nur in den Fällen an die Stelle der Einkommensteuer, in denen sie höher ist, als die von einem Gemeindemitgliede zu entrichtende Einkommensteuer.

Der Zuschlag ist in gleicher Höhe zu der Einkommensteuer und der besonderen Maßstabsteuer zu heben.

Artikel 2.

Die besondere Maßstabsteuer wird für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe entsprechend der Größe der Stelle

und der durchschnittlichen Güte des Landes nach Maßgabe des Artikels 3 bestimmt. Für die übrigen Steuerpflichtigen beträgt sie bei einem Einkommen von mehr als 800 Rm., aber von nicht mehr als 1600 Rm. 12 Rm. bei einem Einkommen von mehr als 1600 Rm., aber von nicht mehr als 2000 Rm. 24 Rm. und steigt bei höherem Einkommen für jede angefangenen weiteren 100 Rm. um 6 Rm.

Als Einkommen im Sinne dieser Bestimmung gilt das im Kalenderjahr 1926 bezogene Reineinkommen ohne Berücksichtigung der für die Einkommensteuer zulässigen Abzüge gemäß §§ 50 ff. des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925. Für Steuerpflichtige, für die nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes ein von dem Kalenderjahr abweichender Steuerabschnitt gilt, ist das Einkommen des Steuerabschnittes maßgebend, der im Kalenderjahr 1926 geendet hat.

Artikel 3.

Für landwirtschaftliche Betriebe werden auf Grund ihrer Bewertung nach dem Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925 drei Güteklassen gebildet, Klasse A, umfassend die Ertragswertklassen 3—9, Klasse B, umfassend die Ertragswertklassen 10—16, und Klasse C, umfassend die Ertragswertklassen 17 und die weiteren.

Die besondere Maßstabsteuer beträgt

a) für Betriebe der Klasse A:

wenn sie nicht mehr als 3 ha umfassen 12 Rm.
wenn sie mehr als 3 ha, aber nicht mehr
als 5 ha umfassen 24 Rm.
Sie steigt für jedes angefangene weitere Hektar,
das der Betrieb umfaßt, um 8 Rm.

b. für Betriebe der Klasse B:

wenn sie nicht mehr als 4 ha umfassen 12 Rm.
wenn sie mehr als 4 ha, aber nicht
mehr als 7 ha umfassen 24 Rm.
Sie steigt für jedes angefangene weitere Hektar,
das der Betrieb umfaßt, um 6 Rm.

für Betriebe der Klasse C, wenn sie nicht mehr als 5 ha umfassen 12 Rm.
 wenn sie mehr als 5 ha, aber nicht
 mehr als 9 ha umfassen 24 Rm.
 Sie steigt für jedes angefangene weitere Hektar,
 das der Betrieb umfaßt, um 4 Rm.

Artikel 4.

Für Gemeindemitglieder, die ein Vermögen im Sinne des Gesetzes über Vermögen- und Erbschaftsteuer vom 10. August 1925 von mehr als 10000 Rm. besitzen, beträgt die besondere Maßstabsteuer mindestens 5 v. T. des steuerbaren Vermögens.

Diese Bestimmung gilt nicht für Rentner, für welche die Voraussetzungen des § 8 Absatz 2 Ziffer 2 des Gesetzes über Vermögen- und Erbschaftsteuer vorliegen.

Artikel 5.

Etwaige bei Durchführung vorstehender Vorschriften hervortretende besondere Härten sind vom Kirchenrat dadurch zu beseitigen, daß unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse des Steuerpflichtigen der Steuerbetrag angemessen ermäßigt wird. Dabei sind besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, gebührend zu berücksichtigen.

Artikel 6.

Eine auf § 57 des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 beruhende Ermäßigung der Einkommensteuer bleibt für die kirchliche Besteuerung ohne Bedeutung.

Artikel 7.

Soweit durch diese Verordnung nicht besondere Bestimmungen getroffen werden, finden die Vorschriften des Gesetzes vom 10. November 1909, betreffend die kirchliche Besteuerung, und der Verordnung vom 11. August 1920, betreffend Änderung des genannten Gesetzes, Anwendung.

Die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Vorschriften werden vom Oberkirchenrat im Verwaltungswege erlassen.

Oldenburg, 1927 Mai 23.

Oberkirchenrat,
D. Dr. Tilemann.

R u f t.

№ 70.

Verordnung, betreffend Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses.

Oldenburg, 1927 Mai 23.

Auf Grund des § 128 der Kirchenverfassung wird mit Zustimmung des Synodalausschusses folgendes verordnet:

§ 1.

Der für die dienstlichen Bezüge maßgebende Wohnungsgeldzuschuß wird entsprechend der für die staatlichen Beamten getroffenen Regelung vom 1. April 1927 an um 10 v. H. erhöht.

§ 2.

Der Voranschlag der Zentralkirchenkasse für das Rechnungsjahr 1927/28 wird geändert, wie folgt:

Es werden ersetzt:

1. im § 1 der Ausgaben die Ziffer 50 600 durch die Ziffer 51 200,
2. in § 2 der Ausgaben die Ziffer 4800 durch die Ziffer 4900,
3. in § 12 der Ausgaben die Ziffer 9100 durch die Ziffer 9250,
4. in § 21 der Ausgaben die Ziffer 105 200 durch die Ziffer 106 600,
5. in § 23 der Ausgaben die Ziffer 73 700 durch die Ziffer 74 500,
6. in der Summe der Ausgaben die Ziffer 549 000 durch die Ziffer 552 050,
7. in § 3 der Einnahmen die Ziffer 476 700 durch die Ziffer 479 750,
8. in der Summe der Einnahmen die Ziffer 548 600 durch die Ziffer 551 650.

Oldenburg, 1927 Mai 23.

Oberkirchenrat,
D. Dr. Tilemann.

R u f t.